

Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften	27.02.2013
---	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	100/2013-9
Stand	13.02.2013

Betreff Antrag der FDP-Fraktion vom 04.02.2013 betr. Probebetrieb im Bornheimer Zentrum verbessern

Beschlussentwurf

Der Ausschuss für Verkehr, Planung und Liegenschaften

1. nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Bürgermeisters
2. sieht von einer Änderung zum Probebetrieb lt. Beschlusslage vom 07.11.2012 ab.

Sachverhalt

Der Antrag entspricht in weiten Teilen dem in der Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Planung und Liegenschaften am 07.11.2012 formulierten Antrag der FDP-Fraktion, über den in o. a. Sitzung abgestimmt wurde.

Der Bürgermeister verweist auf die Sachverhaltsdarstellungen der Vorlage 089/2013-9 zur heutigen Sitzung sowie der Vorlagen 446/2012-9, 471/2012-9, 542/2012-9 und insbesondere auf die Sachverhaltsdarstellung der Vorlage 509/2012-9 zur Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Planung und Liegenschaften am 07.11.2012 und den hierzu gefassten Beschluss.

In den o. a. Sachverhaltsdarstellungen wird u. a. die Thematik des Antrages im Zusammenhang mit der Fördermittelsituation und der Planvariante D1 aufgegriffen und erläutert.

Mit der Umsetzung des am 07.11.2012 gefassten Beschlusses soll mit dem Probelauf hauptsächlich die Verkehrsführung im Bornheimer Stadtkern auf der Königstraße zwischen Secundastraße und Burgstraße, Pohlhausenstraße zwischen Königstraße und Servatiusweg sowie der Servatiusweg getestet werden. Die Randzonen wie z.B. die Wallrafstraße sollen beobachtet werden.

Wie in der Anliegerversammlung am 11. 12. 2012 dargestellt, kann das Verkehrskonzept D1 des Integrierten Handlungskonzepts Königstraße nicht als Probebetrieb abgebildet werden, da wesentliche Bestandteile dieses Planfalles noch nicht umgesetzt sind. Die neue L183n sowie der Ausbau des Apostelpfades werden sicherlich zu weiteren Entlastungen der Königstraße führen. Der Probebetrieb muss daher mit der vorhandenen Verkehrssituation 2013 zurechtkommen.

Weitere Erläuterungen erfolgen in der Sitzung.

Finanzielle Auswirkungen

Kosten zur Erstellung der Vorlage.

Anlagen zum Sachverhalt

Antrag